

Dresdner Volkszeitung

Büroschalterloko: Dresden,
Kaub & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankloko: Gebr. Amold, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Alstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlöhne monatlich 8500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6500.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2300.— M., Einzelnummer 300.— M., Sonnabendnummer 400.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Betriebszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 8seitige Kompaktzeitung 200.— M., auswärts 600.— M., die 8seitige Reklamezeitung 2000.— M., auswärts 2500.— Ausland 2000 u. 3000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Erhöhung. Familienangebot. Stellen- u. Wettbewerbe 10 Prog. Abfall. Für Preisnachberleg. 200 M.

Nr. 136

Dresden, Donnerstag den 14. Juni 1923

34. Jahrg.

Dollar 100 000!

Die amtliche Notierung des Dollars erreichte am Mittwoch im Mittel einen neuen Rekord. Im freien Verkehr gab es Momente, wo der Kurs weiter über 100 000 hinaus schoss. Diese Katastrophe Steigerung des Dollarpreises von einem Tage zum andern um rund 17 Prozent vollzog sich, wie die Beobachtungen sämtlicher Börsen ergaben, bei verhältnismäßig geringen Umsätzen, also ohne den panikartigen Sturm, der frühere Perioden der Marktentwertung kennzeichnete. Die Reichsbank schritt ein, gab jedoch so wenige Devisen ab, daß eine ganze Reihe von hochautoritärer Befreiungsmitteln zur Befriedigung der Nachfrage fehlte und daß infolgedessen Ratenungen vorgenommen werden mußten. Die Nachfrage ebbte dann auch sofortisch nach der amtlichen Aussichtsstellung zeitweise zurück, um später wieder anzuschwellen. Zweifellos haben erhebliche Industrielle Rücksichten, insbesondere der westdeutschen Industrie, zu der Kursschwankung beigetragen. Das Ausfallende aber bleibt, daß dem verhältnismäßig leichten Spekulationsandrang nach fremden Zahlungsmitteln nur ein geringer Widerstand entgegengesetzt worden ist.

Eine ganze Reihe von Anzeichen lädt darauf schließen, daß dieselbe müde Resignation gegenüber der Entwicklung des Devisenmarktes, die bei den beteiligten Sachverständigen bereits im Unterredungsausschuß zu beobachten war, auch in der praktischen Politik einreicht. Dagegen muß Protest erhoben werden, und zwar ein lauter, eindringlicher Protest! Es geht um mehr als die Frage, wie der Beitrag der deutschen Produktion unter die an der Produktion Interessierten verteilt werden soll, obwohl diese Frage keineswegs un wichtig ist. Denn bisher hat jede Marktentwertung zu einer steigenden Verminderung des Reallohnes geführt, hat den Anteil des Lohnes am Warenpreis gemindert mit dem Ergebnis, daß die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung und noch mehr die der Unterstützungspläne, fast vollkommen zum Erlegen kam, während auf der andern Seite die Sachverbeiter gewannen. Aber nicht das ist heute das Wesentliche. Der Auslandswert der Mark ist auf den winzigen Bruchteil von einem Hunderttausendstel des Wertes des Wertes des Wertes der einer Zeit, wo die deutsche Wirtschaft auf Einführung doppelt angezeigt ist, wo der Ertrag aus dem Export aber längst nicht in ausreichendem Maße der deutschen Volkswirtschaft zugute gebrochen wird, sondern vielmehr dem Außenhandel und den am Bausatzgeschäft interessierten Kreisen verbleibt. In einer Zeit, in der es darauf ankommt, die deutsche Produktion aufrechtzuhalten, die deutsche Arbeitskraft vor dem Ruin zu bewahren, und die entstehenden sozialen Schäden abzuwenden, die die Verselbständigung der Arbeiterschaft für unsre Innen- und Außenpolitik zeitigen muß, erleben wir diese neuen Deviseninstanzen nicht gewohnt sind.

Unter diesen Umständen ist es vollständig müßig, die Devisenhäuse auf allgemeine politische Momente zurückzuführen. Fraglos hat die Regierung Englands zu Kompromissen, die in den letzten Auslandserklärungen standen, die Hoffnung auf eine rasche Verständigung bei denjenigen mindern müssen, die um jeden Preis einem deutschen Kompromisvorstieg widerstreben. Tatsache ist, daß die Bewegung diesmal ohne großen Kraftaufwand mit elementarer Wucht am deutschen Markt sich Raum verschafft hat und daß es entweder nicht berücksichtigt gewesen oder aber nicht gejungen ist, die Kurssteigerung zu verhindern. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die Nachfrage tatsächlich über den unmittelbaren Gedanke hinausgegangen ist, und das würde auch bis zu einem gewissen Grade erklären, warum er nicht von der Reichsbank befriedigt wurde und warum nicht die Devisenreferenten der deutschen Wirtschaft konzessioniert worden sind. Die bisher recht unfruchtbaren Verhandlungen des Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Marktkurses haben doch das eine positive Ergebnis gezeigt, daß tatsächlich mindestens für zwei Milliarden Goldmark Devisenkontrolle vorhanden sind, die sich im Besitz von Privaten befinden. Weit entfernt davon, daß die Regierung noch Mitteln habe, diesen gänzlich brachliegenden Devisenbestand in der Zeit der größten Not für Deutschland auszunutzen, hat der Reichswirtschaftsminister jeder die Devisenkontrolle im Reichstag noch in aller Form entschuldigt. Unter diesen Umständen ist natürlich eine Hilfe vor der Regierung kaum zu erwarten, und es wäre ein vorgebliches, die Massen irreführendes Bemühen, wollte man Forderungen aufstellen, die darauf hinauslaufen.

Um so mehr muß man nach Möglichkeiten suchen, um diesen Zustand der Unsicherheit, in dem die "nationale" Industrie sich mehr als je der Devisenmarkt zu hingibt, zu befreiten. Dazu gehört aber in erster Linie eine Lösung der Reparationsfälle, an der diese Regierung, die den Dollar hochgehen läßt, militärischer verpflichtet ist, will sie nicht in den Zusammenbruch hineinsteuern. Mehr als je aber werden auch die Arbeiter für sich aus dem Devisenmarkt die Konsequenz ziehen müssen, daß die Wirkungen der Krisenflut der Mark abgedämpft werden müssen. Eine Beeinflussung der Preise nach dem Abbau der Zwangswirtschaft, deren lehle Säulen eben mit dem Umlageverfahren für Produktionszwecke zusammenhängen, ist mit Erfolg nicht mehr denkbar. Unabhängig vom schnellen die Preiskurve nach oben. Zu fordern ist, daß nun auch die Börse beobachtet und ausreichend erhöht werden und daß darüber hinaus Mittel gefunden werden, die eine Verbesserung des Arbeitsmarktes an den jeweiligen Dollarstand, der für den Stand der Warenpreise immer entscheidender wird, ermöglichen.

Die faschistische Gefahr im Rheinland

Übersicht, 13. Juni. (Sig. Drath.) Die Hinrichtung Schlageter wird jetzt von den nationalistischen Kreisen im Rahmen als Grund für einen aktiven Widerstand gegen die Besetzung benutzt. So fordert z. B. die Bergisch-Märkische Zeitung in Elberfeld unverhüllt zu Sprengungen auf aus Nachahmung! Abgesehen von den außenpolitischen Wirkungen ist eine derartige Agitation nur geeignet, in dem gegenwärtigen krisenhaften Augenblick den Abwehrwillen der Arbeiterschaft noch mehr zu erschüttern. Jede Sprengung ruft neue Vegenmaßnahmen der Franzosen hervor, die bereits jetzt in der Gegend von Dortmund und Gelsenkirchen jeden Deutschen für vogelfrei erklären, der sich nach 9 Uhr abends auf der Straße befindet. Die fortgesetzten Dynamit- und Bombenanschläge der deutschen Nationalisten haben hierzu im wesentlichen beigetragen. In Wanne gibt es jeden Abend Punkt 9 Uhr wildes Gewehrfire. Die Stadt Dortmund gleicht abends einem Herdfeuer; am Tage durchziehen Patrouillen die Stadt. Bostanten werden angehalten und nach Waffen durchsucht, die Straßenbahnen werden willkürlich angehalten, die Insassen werden nach Waffen und Waffen untersucht. Pässe werden nicht mehr ausgetauscht. Dadurch ist das Verkehrsleben stark behindert. Neu ist, daß in Dortmund selbst Polizei nicht mehr nach 9 Uhr auf die Straße bilden. Die Aggressivität, unmenschlich in ihrer Art, wird hier zum ersten Male angewandt. In der Gegend von Dortmund sind gestern abend abermals Hunderte von Verhaftungen vorgenommen worden. Die Verhafteten müssen die ganze Nacht lang der schlechten Witterung mit hochgehobenen Händen auf den Höfen der französischen Unterkunftsräume sitzen.

Die Franzosen scheinen jetzt nach einer weiteren Hauptschlag ausführen zu wollen. Am Mittwoch morgen wurden in Lüttringhausen Karlsruhe Truppenverstärkungen festgestellt. Sie bewegen sich in Richtung Schwerte-Wesel. Eine Belagerung dieser Städte ist wahrscheinlich. Es wird vermutet, daß die Franzosen die Linie nach Frankfurt, die einzige in Deutschland, die den Verkehr nach Süddeutschland vermittelt, beschlagen wollen. Neuerdings wird ein Teil der Truppen nicht mehr auf den Revierländern verortet, sondern muss den Lebensunterhalt privat einkauen. Vor allen Dingen äußert sich die verschärfte Repressalie der Franzosen gegen die Bevölkerung in einer wesentlich härteren Bestrafung als bisher.

Die Unterbindung der Kohlentransporte nimmt in großem Maße zu. Auf Grund der Verordnung 31 von Dezonie werden die Transporte der Deutzwerke unterbunden. Deutz tritt in den Bergarbeiterfamilien großer Kohlemangel ein. Viele Familien sind kaum noch in der Lage, warme Mahlzeiten herzustellen, da teilweise auch die Gasversorgung unterbunden ist. In Bottrop kann das städtische Gaswerk nicht mehr mit Kohlen versorgt werden. Es mußte mangels Brennstoffes den Betrieb einstellen. Die Stadt und die Wohnungen sind ohne Licht. In Gelsenkirchen und Umgegend ist mit einer völligen Stilllegung der Betriebe zu rechnen. Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. hat bereits eine entsprechende Anweisung an ihre Hocharbeiter ergeben lassen.

Es kann kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß die verschiedenen Sprengungsversuche und das Abschalten einzelner Stromkreise aus dem Hinterhalt nicht Verzweiflungstaten einzelner sind — was bei der von dem französischen

Militarismus bis aufs Blut gepeinigten Bevölkerung des besetzten Gebietes menschlich durchaus verständlich wäre — sondern daß es sich hier um planmäßiges Vorgehen nationalistischer Geheimorganisationen handelt.

Diese Verbrechen der nationalistischen und faschistischen Verbände, die deutsche Einheitsfront im besetzten Gebiet, die auf der Grundlage des passiven Widerstandes errichtet ist, zu durchbrechen, bedeutet nicht nur eine Gefahr für die rheinisch-westfälischen Volksgruppen, die den rücksichtslosen und brutalen Vergeltungsmaßnahmen des französischen Militarismus und der französischen Militärjustiz mehrfach ausgesetzt sind. Ein solches "Durchbrechen" kann sehr leicht zu einem Durchbrechen der deutschen Abwehrfront führen. Denn unter mit so bewundernswürdigem Widerstandskraft und Überzeugungskraft an Rhein und Ruhr kämpfenden Arbeitern haben nie den leisesten Zweifel darüber gelassen, daß sie den verbrecherischen Wahnsinn des aktiven Widerstandes nicht mitmachen.

Wie groß die faschistische Gefahr bereits geworden ist, zeigt auch folgende Meldung, die uns aus Münster zugeht:

Am Dienstag nachmittag gelang es der Kriminalpolizei, aus der Schützenstraße 1860 Sch. Infanterie ammunition 88 zu beschlagnahmen. Die Munition wurde durch Kraftwagen von der Infanteriekaserne nach der Schützenstraße zur Aufbewahrung in eine Privatwohnung überführt. Drei Verbündete waren erfolgt; weitere seien bevor. Die Beteiligten gehörten rechtsextremen Kreisen an.

In dem Hause der Parteibuchhandlung in Münster wurde in der Nacht zum Mittwoch eine der grauen Spiegelküchen entgleist. Es handelt sich um eine rechtsnationalistische Aktion. Im Laden fand sich ein Bettel mit der Aufschrift: "Schlageter Ihr Tod!"

Wir haben bereits vor mehreren Tagen die Reichsregierung aufgefordert, gegen dieses verbrecherische Gesindel mit aller Energie vorzugehen, das unter nationalistischer Flagge und zum Teil im französischen Sold die Mauer des passiven Widerstandes unterholt, hinter der allein wir uns heute gegen Frankreichs Kapitalisten und Militaristen wehren können. Sowohl zur Stärkung der Abwehrfront, wie auch mit Rücksicht auf die gefährlichen außenpolitischen Wirkungen dieser nationalistischen Provokation ist eine offene, unzweideutige Stellungnahme und ein sofortiges Eingreifen der Reichsregierung unabdingt notwendig. Oder will Herr Cuno so lange warten, bis das einzige Abwehrmittel, das Deutschland gegenwärtig hat, die Waffe des passiven Widerstandes, uns von den deutschen Nationalisten aus der Hand geschlagen wird? Dann allerdings hätte Poincaré sein Ziel erreicht. Dann wäre der beispiellose Widerstand an Rhein und Ruhr dann wären all die zahllosen Opfer an Gut und Blut vergeblich gewesen. Dann hätten wir uns selbst entmannt und die englischen Staatsmänner brauchten nicht mehr nach einem Ausgleich zu suchen, denn wir müßten uns bedingt gegen Los den französischen Forderungen unterwerfen. Dann wären wir zum zweitenmal das Opfer jener rechtsradikalen Kreise geworden, deren Verbündung und Überhebung wir in erster Linie die Niederlage von 1918 verdanken.

Nur ein Börsenmanöver

Kein englischer Rabattentschluß

Die Mitteilungen aus London und Paris über einen angeblich am Montag erfolgten Beschuß des englischen Kabinetts, der der französischen Auffassung über den Verzug auf den passiven Widerstand entgegensteht, haben sich ingewissen als vereinzelt herausgestellt. Börseninteressenten sollen es gewesen sein, die sich den Luxus erlaubten, das lieben Geschäft will den Welt ein gänzlich falsches Bild über den Standpunkt der englischen Regierung zu geben. Die Freude über angebliche französisch-englische Meinungsverschiedenheiten bei gewissen Staatschefs politikern war also kurz. Es hat vielmehr den Anschein, daß wir vor einem neuen englisch-französischen Kompromiß stehen, da sich die englische Regierung inzwischen der französischen Auffassung über die Aufgabe des passiven Widerstandes stark genähert hat. Meinungsverschiedenheiten sollen in der Hauptstadt nur noch über die Form bestehen, in der sich der deutsche Verzug zu vollziehen hat. Anscheinend geht die englische Regierung von dem Gesichtspunkte aus, daß es besser sei, unter Zugeständnissen dabei zu sein, um in Zukunft den nach Macht strebenden Bundesgenossen zu güteln, als ewig auf einem Standpunkt zu verharren und die Verbündeten dann wieder auf eigene Faust handeln zu lassen. Daß diese Auffassung bei der intranationalen Haltung Frankreichs nur auf Kosten Deutschlands Verwirklichung finden kann, ist in Anbetracht der Sachlage nicht mehr zu bezweifeln. Andenkungen über die neue Lösungsmöglichkeit werden auch bereits gemacht. Es heißt, daß Englands Wünsche dahin gehen, einen Waffenstillstand zum Abschluß zu bringen, der an Stelle des rein militärischen Systems an der Ruhe eine internationale wirtschaftliche Kontrolle sehen will, die natürlich militärisch gesichert werden soll. In anderer Form wird also das erstrebt, was Frankreich angeblich am 11. Januar wollte — ein Vorläufer der von Frankreich seit langem geplanten und geforderten Kontrollkraft für das Rheinland. Es bleibt nur die Frage offen, ob sich Frankreich mit der angeblich von England geplanten Kontrolle absindet und unter welchen Bedingungen das geschieht.

Die französische Rachejustiz

Frankfurt a. M., 13. Juni. (Sig. Drath.) Das französische Kriegsgericht in Mainz hat heute nachmittag den Ingenieur der Fabrik Hallin, un. Subfabrik, Goerle, wegen angeblicher, in der Pfalz verübter Sabotage zum Tode verurteilt.

Düsseldorf, 13. Juni. Das im Krupp-Prozeß wegen angeblicher Störung der öffentlichen Ordnung und Gewalttätigkeit zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte Betriebsratsmitglied Müller wurde in der heutigen Revisionsverhandlung vor dem französischen Kriegsgericht in Düsseldorf wegen Störung der öffentlichen Ordnung zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage wegen Aufreizung der Menge zu Gewalttätigkeiten wurde fallen gelassen.

Friedenslongtrek und Ruhrfrage

London, 13. Juni. Auf der in der Londoner Guildhall abgehaltenen Jahresversammlung der internationalen Friedensgesellschaft bildete die Ruhrfrage das Haupterörterungsthema. Es wurde nachdrücklich für die Schaffung eines internationalen Schiedsgerichts zur Regelung der Discrepanzen zwischen Frankreich und Deutschland eingetreten. Genosse Henderson erklärte, wenn die Reparationsfrage nicht durch Verhandlungen gelöst werden könnte, so müsse sie durch ein Schiedsgericht geregelt werden. Henderson gab der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Angebot Deutschlands die britische Regierung veranlassen werde, sich keinen Forderungen anzuschließen, die die volle Kapitulation Deutschlands vor der Einleitung von Verhandlungen verlangten. Wenn Frankreich oder irgend ein anderes Land ungünstige Bedingungen unterbreite, bevor die deutschen Vorschläge von den verbündeten Regierungen gemeinsam geprüft werden könnten, so bedeute das die Schaffung einer Zone in Deutschland, die die verhängnisvollen politischen und wirtschaftlichen Folgen haben könnte. Henderson fuhr fort, die sogenannten Friedensvertreter hätten zum Kriege geführt; die internationalen Schulden hätten die finanzielle und wirtschaftliche Verwirrung nur noch vermehrt.

Froliche Antwort an die K. P. D.

Weimar, 10. Juni. (Eig. Druckb.) Der thüringische Landtag beschloß sich am Mittwoch mit einer kommunistischen Interpellation, betreffs Stellungnahme der böhmer Regierung zur Sache der Reichsregierung. Bevor das Haus in die Debatte eintrat, gaben sämtliche vierzehn Freikörperkämpfer der Komintern eine gemeinsame Erklärung ab, daß sie die gegenwärtigen Ereignisse sich mit keinen Wert an der Meinung der kommunistischen Interpellation beteiligen würden, weil sie ausländische Gewerke, fälsche Überlebenden und hauptsächliche Angreifer seien. Als der kommunistische Abgeordnete Tennenbaums über die Verhandlung erhielt, verließ die Reichsregierung gemeinsam mit dem Präsidenten. Es kam zu einer kleinen Auseinandersetzung, weil der Stenographen von der Reichsregierung herab bemerkte, daß er gut erlaubt sei, seine Worte nicht vor die Öffentlichkeit zu bringen. Nach einer kurzen Verhandlung wurde die Frage erhoben, welche Stellungnahme die Thüringer Regierung zur Politik der Reichsregierung und zum Verhandlungsplan der Großindustrie einnehme. Einzuhöriger Recknagel gab nach einer allgemeinen Abstimmung mit den Nationalsozialistischen folgende Regierungserklärung ab:

"Die Regierung hat und kommt durch den Vortragenden das Staatsministerium mit gegen die gemeinsame Niederoberung der Arbeiter der Industrie durch deutsche und französische Truppen protestiert, da sie von einer Niederoberung durch deutsche und französische Truppen nichts bekannt war und bis auf den heutigen Tag nichts bekannt geworden ist.

Zum zweiten Antritt wurde gemeinsame Auseinandersetzung über die die Münchner Friedensverhandlungen eingetragen. Der Standpunkt zu dieser Frage ist von Komintern nicht einheitlich bestimmt.

Wegen der Bedeutung der Sache hat sich die Regierung entschieden und entschieden gemacht. Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie die Niederoberung der Industrie nicht anerkennen. Das Ministerium der Industrie ablehnt, daß keine Verhandlung vor, sondern die Regierung der Befreiung zum Zwecke der Reparation durch einen Teil der C-Gesetzgebung erhalten und daher die Regierung der Befreiung festgestellt werden kann. Die Regierung ist unter Hinweis auf den noch nicht abgeschlossenen Augsburger Frieden in Deutschland für eine weitere Belastung der Industrie eingetreten.

Der Regierung Euno des schwäbischen Ministeriums auszuweichen, ist nicht Aufgabe der Reichsregierung. Sofern Verhandlung dazu vorliegt, ist nach Artikel 54 der Reichsverfassung nur der Reichstag dazu berufen, ein Wahlverschluß gegen die Reichsregierung einzufordern."

Im Handbuch an diese Erklärung kam es zu lebhaften Ausmündungen zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten. Der dem letzten kommunistischen Redner, der besonders aufdringlich wurde, verließ auch die sozialdemokratischen Abgeordneten den Sitzungssaal.

Über eine von den Kommunisten eingebrachte Entschließung, durch die das Verhalten der französischen Regierung in der zur Debatté stehenden Frage mißbilligt werden soll, wird am Donnerstag abgestimmt.

Wie Schweißers Polizei aussieht Der Münchener Hochverratsprozeß

München, 13. Juni. (Eig. Druckb.)

Der neunte Verhöndag brachte die Vernehmung des Hauptzeugen Schäfer, der man mit besonderem Interesse entgegenjagt. Schäfer ist der Führer und Organisator des Blücherbundes und seit langer Zeit eine sehr umstrittene Persönlichkeit. An seinen Namen knüpfen sich verwiderte Nutzige politische Art, die bis heute noch ungeliebt sind. Seine Führung im Blücherbund war in der letzten Zeit heftigen Angriffen von innen heraus ausgesetzt, deren Sohn Arnold Ruge war. Aus zulässigen Vermehrungen des jungen Kämpfers erfuhr man, daß das bekannte Blücher-Mott gegen Schäfer sehr verachtet und verachtet werden möchte. Das Qualitätsschild des Schäfer steht auch daraus hervor, daß vor seiner Vernehmung das Gericht die drei Hauptzeugen Ruge, Rautenkampf und Schäfermann auf ihren Eid hin fragte, ob sie im Dienste der Zusammenarbeit mit Schäfer den Einbruch erhalten hatten. Der Schäfer erneut ein Doppelspiel treibe, das heißt, daß er auch mit Machnau gemeinsame Sache zu machen gesucht sei. Alle drei zeugten eröffnet unter ihrem Eid, daß sie diesen Einbruch niemals gehabt hätten. Die Aussage des Schäfer zum Brachthausmord ist ins Allgemeine mit den Angaben der drei anderen Hauptzeugen. Von Rautenkampf aber ist seine Ansicht, daß er bereits zu Weihnachten 1922 bei der Polizeidirektion München vorzeitig geworben ist und dort Meldung über Machnau und Machnau und ihre französischen Gelder erhielt, höchst offensichtlich. Nicht einmal der Polizeipräsident wurde von seinen Untergenannten davon verständigt. Schäfer hat diese Gewebe noch ein zweites Mal die Polizeidirektion ver-

föhlich von diesen hochrätlerischen Dingen verständigt, aber auch diesmal, und zwar am Tage, wo Machnau gerade in München eingetroffen war, sah sich die Münchner Polizei zu seinem eigenwilligen Eingreifen veranlaßt. Auf Grund dieser eßlichen Aussage vermag sich nun jeder selbst ein eigenes Bild von den Zuständen der Münchner Polizeidirektion zu machen.

Der Zeuge verbreitete sich dann über die inneren Verhältnisse im Blücherbund, vor allem über die Treiberzettel des Hugo Berger und Machnau gegen ihn als Führer. Diese Annahmen machte er allerdings mit großer Vorsicht und verneigte die Auskunft über besondere delicate Fragen mit dem Hinweis, daß er im Interesse der Landesverteidigung darüber nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit sprechen könne. Das Gericht ging dann einstreiten nicht weiter auf diese Dinge ein. Schäfer hat im ganzen etwa 28 bis 28 Millionen Mark von Machnau erhalten. Neben diese Einnahmen stellte er keine Quittungen aus, und auch nicht schriftlich darüber irgendwelche Einnahmen geleget. Auch dieser Zeuge behauptet, daß er die ganzen Summen ausschließlich für die Organisationen verwendet habe, wobei er kommunistisch und geführt habe.

Aus dem Münchener Gumpf

München, 13. Juni. (Eig. Druckb.)

Bei einer Spannung sah man am Mittwoch einem Prozeß entgegen, in dem sich der Hauptmann a. D. Dr. Möller wegen Aufsicht zum Nord zu verantworten hatte. Die Anklage behauptet, daß Abenteuer im August 1921 den Schriftsteller Wilhelm Lieber alias Hauptmann d. Kessel in München wiederholt dazu aufgefordert habe, den Kapitäneleutnant a. D. Scherhardt und den Major Sieckhau zu ermorden. Als Grund dafür, daß die beiden Genannten bestraft werden müssten, sehe Möller dem Kieffer aus, er habe unüberlegte Beweise dafür, daß Scherhardt zu den Kunden obendrein sei und von dem Großindustriellen Regierungsrat Krausk, dem Freunde des Staatskommissars Weizmann in Berlin, finanziert werde. Von diesen Leuten sei ein sogenannter nationaler Putsch geplant, der in nächster Zeit zur Ausführung gelangen und einen unermöglichlichen Schaden für Deutschland heroerufen werde. Die Anklage stützte sich vollständig auf diese Angaben des Kieffer, der mit Möller zusammen in Oberschlesien gearbeitet habe in Gemeinschaft mit Dr. Arnold Ruge.

In der heutigen Verhandlung erklärte nun dieser dunkle Scherhardt, daß er nach § 64 der Reichsstrafgesetzbuch seine Aussage in jeder Weise verneigte, weil er durch wahreitig gemachte Angaben sich selbst einer strafbaren Handlung begegnete. Auf Grund dieser Erklärung, die höchste Aussicht im Gerichtsfall bedeutet, wurde der Angeklagte natürlich freigesprochen. Dabei hörte das Gericht aus: „Die Verhandlung hat nicht nur keinen Beweis dafür erbracht, daß Möller die Tat begangen hat, sondern in der Rechtfertigung des Gerichts steht fest, daß Möller die Tat nicht begangen hat. Das Gericht ist ferner überzeugt, daß der Zeuge Kieffer die Aussage vor Gericht nur deshalb verneigte, weil er die der Voruntersuchung gemachten Angaben heute, nachdem er sie beobachtet hat, in seiner Weise mehr aufrecht erhalten kann.“

Es ist klar, daß nun gegen Kieffer selbst ein Verfahren wegen verleumderischer Nachrede eröffnet wird. Hoffentlich erledigt man dann Kieffer über diesen lauberen Hauptmann d. Kessel, über von fast längerer Zeit in München die unkontrollierbarsten Gräueltaten wegen Spionagedingen umlaufen.

Partei und durch die Gewerkschaften, deren Leistungen in allen Fällen auch von der jüdischen Arbeiterschaft ausgenutzt werden. Jede Handlung, die diesen Beschlüssen widerspricht, ist ein Verrat gegenüber den eigenen Massengenossen und schädigt den internationalen Kampf des Proletariats.

Die Saarfrage vor dem Völkerbund

Genf, 13. Juni. Der Völkerbundrat tritt am 20. Juni unter dem Vorsitz des italienischen Vertreters Salandra in Genf zusammen. Außer der Befragung der Stadt Dantzig, dem Bericht des Völkerbundesamts in Wien über die langjährige Unrechte sowie zahlreichen anderen Fragen steht auf der Tagesordnung ein englischer Antrag über das Saargebiet. Das Völkerbundesamt erläutert darüber folgendes mit: Die englische Regierung hat durch Vermittlung ihres Vertreters beantragt, die Außenstelle des Völkerbundsrates auf die Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes vom 7. März 1923 über die Ausübung der Rechtsprechung der Ordnung und vom 2. Mai v. J. über Streitwaffen zu richten. Die englische Regierung beauftragt außerdem eine Untersuchung darüber, ob die Bezeichnung des Saargebietes und die Regierungskommission dem Geiste und Buchstaben des Berlauer Vertrages entspreche.

Eine Denkschrift der englischen Regierung

London, 14. Juni. (Eig. Druckb.) Gestern wurde dem französischen Botschafter in London eine Denkschrift über die englische Regierung übergeben, in der Frankreich angefragt wird, ob es im Falle, daß Deutschland den russischen Widerstand im Russland einzuschätzen, genügt wäre, die militärische Beisetzung einzuschätzen, und mit England einen Gedankenaustausch über das gesamte Reparationsproblem zu führen.

Baldwin ist der Ansicht, daß der Gedankenaustausch mit den übrigen Unterstegungen in der Reparationsfrage in acht bis zehn Tagen beendet sein könnte. Er hält als Kompromißformel die Resolution des von Bonar Law der Pariser Januar-Konferenz vertragten Reparationsplanes bereit. Er würde insbesondere einer weitaufligen Flankierung der interalliierten Schulden stimmen, um eine durchsetzende Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen.

Der alte Geist

Die folzverständliche Pflicht eines jeden Staatsbürgers in einer demokratischen Republik, seine Dienste uneigennützig zur Verkürzung zu stellen und am inneren Aufbau des Deutschen Reiches mitzuwirken, ist von einem Teil unserer Beamten immer noch nicht erkannt worden. Wir sind in den Beiträgen eines vertraulichen Blatteschreibens des Bundes deutscher Reichsfinanzbeamten "an seine Landes- und Bezirksverbände gelangt, das einen Einblick in die teilweise direktstaatliche, isolierende Tätigkeit gewisser Beamter liefert. Die Zeitung dieses Bundes gibt ihren Funktionären Institutionen und Verhältnismäßigkeiten gegenüber den von der Eisenbahn und dem Post an die Finanzverwaltungen überwiesenen Beamten. Sie schreibt u. a.:

..... Zum Schlus möchten wir noch auf die Neubernahme des Reichsfinanzbeamten anderer Verwaltungen eingehen. Unsre eigene Verwaltung ist nicht in der Lage, dieses Umstell abzuwenden, da sie an die Beschlüsse des Reichstages gebunden ist. Hier können die Kollegen nur selber helfen, indem sie den Übertretenden Beamten das Leben leichter machen (1); ein Vorgehen, das in verschiedenen Fällen schon eingesetzt (1) gewirkt hat. Die besonderen Verhältnisse unseres Dienstes haben es mit sich gebracht, daß viele von diesen Beamten wieder zu ihren alten Verwaltungen zurückgeföhrt sind. Soweit uns bekannt geworden ist, sind die quer überwiesenen 200 Stellen noch restlos befreit, und auch die kommenden 800 werden der Verwaltung zum Teil wieder den Rücken kehren, wenn nur die elagigen Kollegen in möglichst unauffälliger Weise (1) dafür sorgen, daß ihnen der Dienst mehr Zeit, denn Freude bereitet.

Mit Bundesgruß: gen. Copenhagen, 1. Vorsteher.

Wenn schon bisher die Finanzbehörden infolge der Steuerabstotze des Besches, infolge vieler unsicher gebliebener Bestimmungen und nicht aufsicht infolge burokratischer Arbeitsmethoden verschiedene ältere Beamten, die sich in die verdeckten neuen Verhältnisse nicht hineinsetzen konnten, verfangen, wobin sollen wir erst bei einer direkten Sabotage der alten Beamten kommen! Es erscheint uns dringend notwendig, daß sich der Reichsfinanzminister um die Angelegenheit kümmert und den gegenständeten Verband bei kommenden Verhandlungen als Beteiligten infolge seiner antigewerkschaftlichen Mitteln abschneidet.

Ende der S. 1000

..... Zum Schlus möchten wir noch auf die Neuber-

nahme des Reichsfinanzbeamten anderer Verwaltungen eingehen. Unsre eigene Verwaltung ist nicht in der Lage, dieses Umstell abzuwenden, da sie an die Beschlüsse des Reichstages gebunden ist. Hier können die Kollegen nur selber helfen, indem sie den Übertretenden Beamten das Leben leichter machen (1); ein Vorgehen, das in verschiedenen Fällen schon eingesetzt (1) gewirkt hat. Die besonderen Verhältnisse unseres Dienstes haben es mit sich gebracht, daß viele von diesen Beamten wieder zu ihren alten Verwaltungen zurückgeföhrt sind. Soweit uns bekannt geworden ist, sind die quer überwiesenen 200 Stellen noch restlos befreit, und auch die kommenden 800 werden der Verwaltung zum Teil wieder den Rücken kehren, wenn nur die elagigen Kollegen in möglichst unauffälliger Weise (1) dafür sorgen, daß ihnen der Dienst mehr Zeit, denn Freude bereitet.

Mit Bundesgruß: gen. Copenhagen, 1. Vorsteher.

Wenn schon bisher die Finanzbehörden infolge der Steuerabstotze des Besches, infolge vieler unsicher gebliebener Bestimmungen und nicht aufsicht infolge burokratischer Arbeitsmethoden verschiedene ältere Beamten, die sich in die verdeckten neuen Verhältnisse nicht hineinsetzen konnten, verfangen, wobin sollen wir erst bei einer direkten Sabotage der alten Beamten kommen! Es erscheint uns dringend notwendig, daß sich der Reichsfinanzminister um die Angelegenheit kümmert und den gegenständeten Verband bei kommenden Verhandlungen als Beteiligten infolge seiner antigewerkschaftlichen Mitteln abschneidet.

Ende der S. 1000

..... Zum Schlus möchten wir noch auf die Neuber-

nahme des Reichsfinanzbeamten anderer Verwaltungen eingehen. Unsre eigene Verwaltung ist nicht in der Lage, dieses Umstell abzuwenden, da sie an die Beschlüsse des Reichstages gebunden ist. Hier können die Kollegen nur selber helfen, indem sie den Übertretenden Beamten das Leben leichter machen (1); ein Vorgehen, das in verschiedenen Fällen schon eingesetzt (1) gewirkt hat. Die besonderen Verhältnisse unseres Dienstes haben es mit sich gebracht, daß viele von diesen Beamten wieder zu ihren alten Verwaltungen zurückgeföhrt sind. Soweit uns bekannt geworden ist, sind die quer überwiesenen 200 Stellen noch restlos befreit, und auch die kommenden 800 werden der Verwaltung zum Teil wieder den Rücken kehren, wenn nur die elagigen Kollegen in möglichst unauffälliger Weise (1) dafür sorgen, daß ihnen der Dienst mehr Zeit, denn Freude bereitet.

Mit Bundesgruß: gen. Copenhagen, 1. Vorsteher.

Wenn schon bisher die Finanzbehörden infolge der Steuerabstotze des Besches, infolge vieler unsicher gebliebener Bestimmungen und nicht aufsicht infolge burokratischer Arbeitsmethoden verschiedene ältere Beamten, die sich in die verdeckten neuen Verhältnisse nicht hineinsetzen konnten, verfangen, wobin sollen wir erst bei einer direkten Sabotage der alten Beamten kommen! Es erscheint uns dringend notwendig, daß sich der Reichsfinanzminister um die Angelegenheit kümmert und den gegenständeten Verband bei kommenden Verhandlungen als Beteiligten infolge seiner antigewerkschaftlichen Mitteln abschneidet.

Ende der S. 1000

..... Zum Schlus möchten wir noch auf die Neuber-

nahme des Reichsfinanzbeamten anderer Verwaltungen eingehen. Unsre eigene Verwaltung ist nicht in der Lage, dieses Umstell abzuwenden, da sie an die Beschlüsse des Reichstages gebunden ist. Hier können die Kollegen nur selber helfen, indem sie den Übertretenden Beamten das Leben leichter machen (1); ein Vorgehen, das in verschiedenen Fällen schon eingesetzt (1) gewirkt hat. Die besonderen Verhältnisse unseres Dienstes haben es mit sich gebracht, daß viele von diesen Beamten wieder zu ihren alten Verwaltungen zurückgeföhrt sind. Soweit uns bekannt geworden ist, sind die quer überwiesenen 200 Stellen noch restlos befreit, und auch die kommenden 800 werden der Verwaltung zum Teil wieder den Rücken kehren, wenn nur die elagigen Kollegen in möglichst unauffälliger Weise (1) dafür sorgen, daß ihnen der Dienst mehr Zeit, denn Freude bereitet.

Mit Bundesgruß: gen. Copenhagen, 1. Vorsteher.

Wenn schon bisher die Finanzbehörden infolge der Steuerabstotze des Besches, infolge vieler unsicher gebliebener Bestimmungen und nicht aufsicht infolge burokratischer Arbeitsmethoden verschiedene ältere Beamten, die sich in die verdeckten neuen Verhältnisse nicht hineinsetzen konnten, verfangen, wobin sollen wir erst bei einer direkten Sabotage der alten Beamten kommen! Es erscheint uns dringend notwendig, daß sich der Reichsfinanzminister um die Angelegenheit kümmert und den gegenständeten Verband bei kommenden Verhandlungen als Beteiligten infolge seiner antigewerkschaftlichen Mitteln abschneidet.

Ende der S. 1000

..... Zum Schlus möchten wir noch auf die Neuber-

nahme des Reichsfinanzbeamten anderer Verwaltungen eingehen. Unsre eigene Verwaltung ist nicht in der Lage, dieses Umstell abzuwenden, da sie an die Beschlüsse des Reichstages gebunden ist. Hier können die Kollegen nur selber helfen, indem sie den Übertretenden Beamten das Leben leichter machen (1); ein Vorgehen, das in verschiedenen Fällen schon eingesetzt (1) gewirkt hat. Die besonderen Verhältnisse unseres Dienstes haben es mit sich gebracht, daß viele von diesen Beamten wieder zu ihren alten Verwaltungen zurückgeföhrt sind. Soweit uns bekannt geworden ist, sind die quer überwiesenen 200 Stellen noch restlos befreit, und auch die kommenden 800 werden der Verwaltung zum Teil wieder den Rücken kehren, wenn nur die elagigen Kollegen in möglichst unauffälliger Weise (1) dafür sorgen, daß ihnen der Dienst mehr Zeit, denn Freude bereitet.

Mit Bundesgruß: gen. Copenhagen, 1. Vorsteher.

Wenn schon bisher die Finanzbehörden infolge der Steuerabstotze des Besches, infolge vieler unsicher gebliebener Bestimmungen und nicht aufsicht infolge burokratischer Arbeitsmethoden verschiedene ältere Beamten, die sich in die verdeckten neuen Verhältnisse nicht hineinsetzen konnten, verfangen, wobin sollen wir erst bei einer direkten Sabotage der alten Beamten kommen! Es erscheint uns dringend notwendig, daß sich der Reichsfinanzminister um die Angelegenheit kümmert und den gegenständeten Verband bei kommenden Verhandlungen als Beteiligten infolge seiner antigewerkschaftlichen Mitteln abschneidet.

Ende der S. 1000

..... Zum Schlus möchten wir noch auf die Neuber-

nahme des Reichsfinanzbeamten anderer Verwaltungen eingehen. Unsre eigene Verwaltung ist nicht in der Lage, dieses Umstell abzuwenden, da sie an die Beschlüsse des Reichstages gebunden ist. Hier können die Kollegen nur selber helfen, indem sie den Übertretenden Beamten das Leben leichter machen (1); ein Vorgehen, das in verschiedenen Fällen schon eingesetzt (1) gewirkt hat. Die besonderen Verhältnisse unseres Dienstes haben es mit sich gebracht, daß viele von diesen Beamten wieder zu ihren alten Verwaltungen zurückgeföhrt sind. Soweit uns bekannt geworden ist, sind die quer überwiesenen 200 Stellen noch restlos befreit, und auch die kommenden 800 werden der Verwaltung zum Teil wieder den Rücken kehren, wenn nur die elagigen Kollegen in möglichst unauffälliger Weise (1) dafür sorgen, daß ihnen der Dienst mehr Zeit, denn Freude bereitet.

Mit Bundesgruß: gen. Copenhagen, 1. Vorsteher.

Wenn schon bisher die Finanzbehörden infolge der Steuerabstotze des Besches, infolge vieler unsicher gebliebener Bestimmungen und nicht aufsicht infolge burokratischer Arbeitsmethoden verschiedene ältere Beamten, die sich in die verdeckten neuen Verhältnisse nicht hineinsetzen konnten, verfangen, wobin sollen wir erst bei einer direkten Sabotage der alten Beamten kommen! Es erscheint uns dringend notwendig, daß sich der Reichsfinanzminister um die Angelegenheit kümmert und den gegenständeten Verband bei kommenden Verhandlungen als Beteiligten infolge seiner antigewerkschaftlichen Mitteln abschneidet.

Ende der S. 1000

..... Zum Schlus möchten wir noch auf die Neuber-

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten Die Bürgerlichen gegen den Ausgleich der Beamtengehälter

Der Reichstag überwies am Mittwoch das neue Mineral- und Eisensteuergesetz, Verbrauchsteuergesetz, jährliche Gültigkeitssteuergesetz. Zollsteuergesetz zum Ausdruck zur Verantragung. Dann trat das Haus in die zweite Beratung des vielumstrittenen Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein. Das Gesetz will jeden, der an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet und dies weiß, wingen, sich von einem für das Deutsche Reich approbierten Arzt behandeln lassen. Die Durchführung der aus dem Gesetz erwachenden zusätzlichen Aufgaben ist Gesundheitsbehörden zu übertragen.

Die zuständige Gesundheitsbehörde kann Personen, die eingehend verdeckt sind, geschlechtskrank zu sein und die Geschlechtskrankheit weiter zu verbreiten, anhalten, ein von einem befürchteten erkrankten Arzt ausgestellteszeugnis über ihren Gesundheitszustand vorzulegen oder sich der Untersuchung durch einen solchen Arzt zu unterziehen. Geschlechtskrankheiten können einem Geheiltsbeamten unterworfen und in ein Krankenhaus verbracht werden, wenn dies zur Sicherung der Entwicklung der Krankheit erforderlich erscheint. Die Anwendung eines unmittelbaren Strafes ist zulässig. Strafe macht sich auch die Person, die Geschlechtskranktheit ausübt, obwohl sie an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet und dies weiß. Die Behandlung von Geschlechtskrankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane soll in Zukunft nur den für das Deutsche Reich approbierten Arzten schaffen sein.

Das Gesetz bringt dann Erleichterungen für den Handel mit Gegenständen, die zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten dienen sollen. Auch enthält es Vorschriften über den Schutz der Säuglinge gegen geschlechtskrankliche Ammen und Schutzmutter Kinder gegen geschlechtskrankliche Pflegepersonen. Der Appellationsgericht erhöht insofern eine Widerkraft, als die Bewilligung von Wohnungen an Prostituierte im allgemeinen nicht mehr unter Strafe gestellt wird. Das Gewährn von Wohnungen an Prostituierte, die das gesuchte Lebensjahr vollendet haben, wird nur dann bestraft, wenn damit eine Ausnutzung der Person, die die Wohnung gewünscht ist oder ein Anhalten dieser Person zur Unzucht verbunden ist. Verbote werden den Prostituierten, ihr Gewerbe in der Nähe von Kirchen, Schulen oder anderen zum Besuch durch Kinder oder Jugendliche bestimmten Öffentlichen auszuüben, fernher in einer Wohnung, in der jugendliche Personen zwischen 4 und 18 Jahren wohnen, fernher in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. In der Aussprache standen schon starke Gegensätze her. Es handelt sich vor allem um einen Konflikt zwischen den Parteien, die das Problem mehr sozialökonomisch und denen, die es mehr religiös-kirchlich aufzufassen. Ein Stich geht durch alle Parteien des Hauses; in allen Fraktionen haben sich Freunde und Gegner der Naturheilmethode gefunden. Die unbedingten Anhänger der Schulmedizin wollen die mitteleuropäischen Minister Severtin in der unstillgängigen Weise an. Severtin, der über die mögliche Entdeckung in Magdeburg gar nicht vorher unterrichtet sein konnte, und auf die Veröffentlichung des Materials nicht den geringsten Einfluss hatte, wird die Entdeckung sogar als Verlust ausgelegt. „die Stellung der Reichsregierung zu erütteln“. Diese gemeinsame Verdrückung und infame Hege in der schwierigen politischen Lage gestaltet sich derzeitliche Herr Paul Baecker, Chefredakteur der Deutschen Tageszeitung und deutschnationaler preußischer Landtagsabgeordneter, der in diesen Tagen erneut zum Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse gewählt worden ist und an den der Reichskanzler in seiner Rede in Münster die Wahrung rüttelt, die deutsche Presse müsse in diesen Zeiten besondere Zucht bewahren.

Der Reichstag beschloß dann noch in einer 9. Ergänzung des Gesetzgebungsbeschlusses die Erhöhung der Grundgehälter. Ein vom Genossen Venderer begründeter sozialdemokratischer Antrag will die Gehälter der unteren und mittleren Beamten erhöhen, um die Spannung zwischen diesen und den höheren Beamten gehäuft zu mindern. Der Antrag wurde von den übrigen Parteien abgelehnt. Die Sozialdemokratie hält nun gegen das ganze Gesetz, um diesmal ihren Kursen darüber hinausgehend Ausdruck zu geben, daß die schon seit Jahren von uns fortgesetzten Bemühungen, die Spannung zwischen oberen Beamten und unteren Beamten zu vermindern, immer wieder nicht genügend Erfolge haben.

Geldentwertung und Steuern

Während man sich im Reiche bisher vergnügt darum bemüht hat, das Finanzministerium daran zu bringen, daß es das Missiß der Geldentwertung bei der Zahlung von Steuern den besitzenden Kreisen überläßt, ist im Kreisstaat Mecklenburg-Schwerin zum ersten Male der Versuch gemacht worden, einen sich automatisch auf die Geldentwertung anpassenden Haushaltshilfen aufzustellen. Man hat die Ausgaben des Staates eingeteilt in reine Geldausgaben,

Billte die gräßlichste aller Volkserneuerungen auf seinem Wunder-Tello sang, fernher an Wagner's „Siegfried-Jöchl“, an einem deutschen Operntheater, die Klänge der Venusbergmuskik lärmverwirrend lädt, in erhabener Frethe, so daß die Durchschlagsdauer der ganzen Overtüre erreicht wurde. Anfangs quittierten die Besucher, die bei Preisen von 6000 und 4000 M. den Saal fast voll freige hatten. Die Galakaisi war überraschend gut, ohne den geringsten Nachhall beim Fortissimo, und nur mit einem fast nicht zu bemerkenden Podiums auch schnell befehligt werden kann. Also Glück auf zu diesem und weiteren Kunstreignissen in London! Kr.

Dresdner Kalender

Theater am 15. Juni. Opernhaus: Tieck (7½). Volksbühne Nr. 4657 bis 4723. — Schauspielhaus: Der Bildhauer (7½). Volksbühne Nr. 4724 bis 4736. — Neustädter Theater: Schauspielhaus: Gastspiel des Rosslauer Kommertheaters; Schröder (7½). — Rialta-Theater: Madame Compteur (7½). — Central-Theater: Die Frau von Scrofus (7½).

Kleine Mitteilungen

Ein Rathaus-Museum in Berlin? Vor einigen Tagen hatte die Ritter Rathaus-Museum eine Unterredung mit dem Reichskunstwart Adelholz über die Einrichtung eines Waller-Rathaus-Museums in der Grünewald-Villa, die der ermordete Minister bewohnt hatte und die von Frau Rathaus dem Reiche als Geschenk überreichen werden soll. Sollten die Verhandlungen zum Abschluß kommen, so soll das Rathaus-Museum am 24. Juni, dem Todestag des ermordeten, feierlich eingeweiht werden.

Die Rache der „Presse“. Eine anarchistische Zeitung möchte Ihnen den Scherz, es sei ein neuer Beweis für die Macht der Presse“, nach der Deutschen verbünden, das Geld schmäler zu drücken, als die Prämien an es beschlagnahmten hantieren. Seit der Besiegung des Aufstandes ist die Macht der „Presse“ tatsächlich ganz gewaltig gestiegen. Nach dem letzten Reichsbauhausauftakt wurde allein in der ersten Juniwoche eine Milliarde neues Papiergeld gedruckt. Das macht 100 Millionen in der Minute, 6 Milliarden pro Stunde, 144 Milliarden pro Tag bei 24stündiger Arbeitzeit in drei Schichten. Das ist eine Leistung, welche absonderlich magisch ist.

Durch Verfüzung des preußischen Ministers des Innern auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik ist die Beschlagnahme und Eingezug des Vermögens des aufgelösten Nationalverbands deutscher Soldaten im Freistaat Preußen zugunsten des Reiches angeordnet worden.

Sächsischer Landtag

48. Sitzung. Donnerstag den 14. Juni, nachm. 1 Uhr. Zur Beratung steht zunächst der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften.

Es handelt sich dabei um eine Aufhebung der Begrenzung des Steuerrechts der Kirche.

Abg. Hielmann (D. W.) stimmt der Vorlage zu, bedauert aber, daß die Kirche noch kein Recht habe zur Grund- und Gebäudeversteuerung und zur Höchststeuer erheben dürfe.

Abg. Siegert (D. W.) äußert sich in gleichem Sinne und sagt, daß die Abhilfe, solange die Beschränkungen aufrecht erhalten bleiben, eine ungemein kleine sei.

Abg. Behrmann (Dem.) betont, daß es darauf ankommt der Kirche freier zu helfen.

Abg. Reuter (Kom.) bringt einen Antrag ein des Inhalts, daß die Kirchensteuer nicht durch die Gemeindebehörden erhoben werden darf.

Kultusminister Flechner erwidert dem Antragsteller, daß die Bestimmungen auf Reichsvorchriften beruhen. Dachten könne also davon gar nichts ändern.

Der Antrag Reuter wird abgelehnt und daraus die Vorlage gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Die Änderung des Gerichtslosengesetzes über die Gebühren erhöhung wird ohne Debatte nach der Vorlage beschlossen.

Gegen die Stimme in der Kommunisten erfolgt die Gewährung eines einmaligen staatlichen Beitrages für die Jahreszahl Deutscher Arbeit, Dresden 1923 (Spiel und Sport) in Höhe von 6 Millionen Mark.

Dann werden noch in Schlusserörterung verabschiedet: Das Schlagdienstversicherungsgesetz, das Schädlingengesetz und das Gesetz über die Rentenförderung.

Nächste Sitzung: Dienstag den 19. Juni.

Parteianangelegenheiten

Lensch's neuer Mitarbeiter

Herr Artur Bäder senkt dam Vortrags folgende Bezeichnung:

Entgegen der Behauptung in Nr. 270 des Vorjahrs sollte ich fest, daß ich weder Redakteur der Deutschen Allgemeinen Zeitung noch Mitglied der Deutschen Volkspartei geworden bin.

Artur Bäder:

Ich kann nicht behaupten, daß Mirko der Sozialdemokratie zu sein und ich weiter angehören zu wollen, und daß er nicht bestreitet, für die D. A. P. unter dem Namen „Florian Weber“ Aufsätze zu schreiben, die feine Überzeugung von mir aus folgt. Wäre Bäder noch Parteigenosse und das Opfer einer Verirrung, so hätte er bessere Mittel, sich einzumachen, als eine pregeschriebene Bezeichnung.

Aus aller Welt

Absturz eines Segelflugzeugs

Berlin, 12. Juni. Der Flugzeugführer Barth führte heute vormittag auf dem Tempelhofer Feld mit seinem Segelflugzeug ab.

Der Pilot erlitt erhebliche Abschürfungen. Das Flugzeug wurde zertrümmt; es ist ein Apparat, der sich mit Hilfe eines vorgepannten Kraftwagens vom einen Ende aus in die Luft erhebt. Bei dem ersten Aufstieg war die Auspuffung zwischen dem Kraftwagen und dem Flugzeug noch nicht gelöst. Das Segelflugzeug geriet etwa in Dachhöhe in eine Störung, die der Flügelnicht zu variieren vermochte. Als nun der Kraftwagen in Fahrt stand, wurde der Apparat von der Verbindungskette heruntergerissen. Der Flieger kam dabei unter das Flugzeug zu liegen und wurde bestimmt, was vom Flug getragen.

Vom Aussichtsturm zum alten Eisen

Die Rot der Zeit nimmt von Tag zu Tag groteskere Formen an. Alles, was nur irgendwie entbehrlich ist und was außerdem Unterhaltungsfaktor erfordert, tritt langsam den Platz zum Altären an. Wenn es vor kurzem die Berliner Normaluhren, die der Armee Deutschlands zum Opfer fielen, so ist es jetzt der eiserne Wettturm bei Oelsnig im Vogtland, der als altes Eisen verkaufen wird. Für den Turm wäre ein neuer Anstrich nötig gewesen, und da dieser viele Millionen erfordert hätte, so hat der Stadtrat von Oelsnig trotz des Eindruck eines Teiles der Bevölkerung den Abbruch des Turms beschlossen. Eine Blauende Eisenhandlung hat mit einem Angebot von 48 Millionen Mark für die Eisenmasse des Turmes den Sieg über die legten Widerstände innerhalb des Oelsniger Stadtrates davongetragen.

Der Dollar 107 750.—

Berlin, 14. Juni. (Amilich.)

	14. 6.	14. 6.	18. 6.	18. 6.
Geld	500	500	500	500
Guano Wires 1 Kilo	2600,50	3000,75	3400,50	3400,75
Norwegen . . . 1 Krone	1765,-	1804,50	18250,-	18341,-
Dänemark . . . 1 Krone	1945,-	19540,-	17800,50	17830,50
Schweden . . . 1 Krone	28428,50	28571,50	26084,50	26165,50
Belgien . . . 1 frank	2902,50	2907,50	2803,-	2707,-
Belgien . . . 1 frank	5885,-	5975,-	5400,-	5434,-
Italien . . . 1 lire	4997,50	5012,50	4518,50	4536,50
London . . . 1 Pfd. Sterling	503787,-	508263,-	453882,-	456188,-
Deutschland . . . 1 Dollar	107730,-	109270,-	9900,-	98907,-
Paris . . . 1 Frank	6783,-	6817,-	6244,-	6276,-
Schweiz . . . 1 Frank	19201,50	19298,50	17005,50	17004,50
Spanien . . . 1 Peseta	15710,50	15780,50	14648,-	14717,-
Spanien (abgesgt.) 100 Kronen	150,87	151,87	185,90	184,90
Ungarn . . . 1 Krone	8172,-	8188,-	2937,25	2952,-
Ungarn . . . 1 Krone	18,45	18,54	12,56	12,67
Bolivianische Noten 110,-				

ra. Berlin, 14. Juni. (Engl. Draftsm.) Der Dollar, der gestern vormittag nach Südwärts mit 80 000 geschlossen hatte, sah heute vormittag mit 102 000 ein und beschleunigte sich bis 11½ Uhr zurück auf 112 000, um nachher wieder bis auf 107 000 zurückzugehen. Dementsprechend wurden englische Pfunde mit 506 000 gehandelt, nachdem sie mit 490 000 eingekauft hatten. Das Geschäft trug einen äußerst lebhaften Charakter. Auch im heutigen Vormittagsbereich hielt die Kaufsumme am Effektionsmarkt an. Es werden für die meisten Papiere noch höhere Preise genannt als die gestrigen Höchstpreise. Es ist auffällig, wie gering trotz dem stark gestiegenen Kursverlust die Realisationsnachfrage des Publikums geworden ist. Vor allen bevorzugt werden weiterer Effektions-Papiere, Kali-Werte und die Werte der Garbwerke.

Wasserstände der Moldau, Ister, Eger und Elbe

Moldau	12.	13.	Moldau	12.	13.
Subweis . . .	— 24	— 28	Subweis . . .	+ 23	+ 20
Modras . . .	— 24	— 35	Modras . . .	+ 45	+ 44
Ister	1	4	Ister	+ 64	60
Neusiedlungsland	— 16	— 21	Neusiedlungsland	+ 18	+ 9
Elbe	56	64	Elbe	— 190	— 198

Donnerstag den 14. Juni 1923

Sachsenzeitung

Seite 5

Kaisers Märchen

Nach einem Bericht der Chemnitzer Allgemeinen Zeitung vom 13. Juni 1923 hat sich der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Herr Abg. Dr. Kaiser, in einer Wahlkreisvertretertagung zu Zwickau eingehend über die Lage in Sachsen ausgesprochen und dabei Ausführungen gemacht, die nicht univierschreien ließen dürften. Er hat u. a. behauptet, daß sich die politischen Verhältnisse „mit der Bildung der Regierung Beigener zu den schlimmsten in ganz Deutschland entwickelt hätten“. Die Regierung verkennt nicht, daß die wirtschaftliche Lage in Sachsen, die große Erwerbslosigkeit und die dadurch verursachten Erzeuge eine erhebliche Nervosität erzeugt haben. Es müßte aber jedem verantwortlichen Politiker klar sein, daß alle diese Dinge Folgererscheinungen der Besiegung des Kührgebiets und unsres Währungsverbands sind.

Es ist unwahr, wenn behauptet wird, daß die Regierungserklärung außenpolitischen Schaden angerichtet habe. Die Einsichtslosigkeit des Besitzes wird mehr und mehr auch in den bürgerlichen Parteien als unerträglich erkannt. Sofern Herr Dr. Kaiser es noch nicht wissen sollte, mag er sich bei seinen Parteifreunden im Westen erkundigen, wie diese insbesondere über die Frage denken, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, den Schritt, der schließlich am 8. Juni durch das Memorandum der Reichsregierung erfolgte, schon Ende Februar oder Anfang März zu unternehmen. Damals befanden wir uns auf dem Höhepunkt unserer Widerstandskraft und die Verhandlungen hätten in jener Zeit nicht unter dem innerpolitischen Druck gestanden, unter dem sie jetzt erfolgen müssen. Weite Kreise im deutschen Bürgertum betreiben aber auch heute noch jene Vogel-Strauß-Politik, die sie im Sommer 1917 betrieben haben. Ist dann das Unheil da, werden sie genau wieder, wie im November 1918, vorwurfsvoll fragen, warum die verantwortlichen Stellen der Öffentlichkeit nicht reinen Wein eingeschenkt haben. Man will die Wahrheit nicht hören! Geradezu sinnlos ist die Behauptung, die Amnestievorlage sei eine offenkundige Aufforderung gegen das Reichsstrafgesetzbuch. Wenn das der Fall wäre, würde das Reich zweifellos Einspruch erhoben haben. Das ist nicht der Fall. Ebenso sinnlos ist die Behauptung, Sachsen eröffne den Kampf gegen den Bundesstaat Bayern.

Die Notwendigkeit, die Ausschreibung der bayerischen Volksgerichte zur politischen Diskussion zu stellen, wird nicht nur von der gesamten politischen Linken, sondern bis hinein in die Reihen der Deutschen Volkspartei anerkannt. Ebenso ist jeder, der noch Sinn hat für die Notwendigkeit der Einheit des Reiches, davon überzeugt, daß die Bildung eines besonderen Süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof ein für die Reichseinheit durchaus unzuträglicher Schritt war, und die volksparteiliche Fraktion hat aus diesem Grunde seinerzeit das Verlangen Bayerns entschieden abgelehnt. Nicht minder unbegreiflich ist es, wie Herr Dr. Kaiser angeblich der überbollen Tätigkeit der Arbeiter-Hundertschaften bei der Bekämpfung der Unruhen in Dresden, Bautzen und Leipzig davon spricht, es bestreite die Gefahr, daß sich aus diesen Hundertschaften eine rote Armee entwickele. Die Hundertschaften haben sich bemüht, durch gütliches Zureden Ruhe und Ordnung zu sichern. Sie weisen selbst mit aller Entschiedenheit den Gedanken einer militärischen Spielerei von sich ab. Alles in allem: mehr Verantwortlichkeit, Herr Dr. Kaiser!

Sachsen**Ein frivoler Schulstreit**

Und wie geschrieben: Der Streit, der in den Schulen von acht Orten des Sächsischen Bezirks ausgebrochen ist, gibt einem Teil der Presse Anlaß zu heftigen Angriffen auf das Kultusministerium und den Minister. Besonders das jährlische Zentrumblatt hat sich dabei herver. Was gut Sachen vom Standpunkt der Regierung aus zu sagen ist, wird ausgiebig im Landtag ausgeführt werden. Den durch diese Preisauflösungen offenbar freigesetzten und aufspurten Eltern der „steuerenden“ Schulfinder sei hiermit nur kurz gesagt, daß es falsch ist, wenn man ihnen vordreht, die Gebeldverordnung sei „verfassungswidrig“, beschäf könnten sie nicht bestraft werden. Und es ist durchaus irreführend, wenn ihnen weiter jeden Tag von den Schülern des Streits erzählt wird, das Ministerium habe einen „Vorstoß“ gegen die Laihauer Statthalter unternommen, der Streit sei von ihm „dam Baum g'drohen“. Das Umgekehrte ist richtig. Denn die fragliche Verordnung besteht, und zwar schon seit November 1922 zu recht; mit legalen Mitteln ist sie

nicht angefochten. Der Schulstreit aber ist ungesehlich! Die Streitlämpchen mit diesem unlauteren Mittel nicht nur gegen die Gebeldverordnung — das ist mehr Vorwand —, sie wollen vielmehr die konfessionelle Schule wieder erobern, die seit Publikation des Übergangsgesetzes in Sachsen nicht mehr besteht, ausgenommen die wenigen Schulen, denen aus besondren Gründen durch besondren Vertrag die Erhaltung der Konfessionalität bis zum Inkrafttreten eines Neugesetzes nach Artikel 148, 2, der Reichsverfassung zugestanden wurde. Ein Nachgeben der Regierung im Sinne des Streitenden und ihrer Hintermänner hätte einen wichtigen Grundzustand der sozialen Staatspolitik preisgegeben. Gegen Überredungen, wie sie im Schulstreit vorliegen, muß mit der gesetzten Energie durch Bestrafungen vorgegangen werden, wenn Belohnungen und gütliche Zureden nichts nützen.

Kreis-Erzählungen

Der Herr Kreis, der bekanntlich hier in Dresden eine höchst verdächtige Rolle spielt, sendet Berliner Blättern, so dem Berliner Volksanzeiger und der Deutschen Zeitung eine Darstellung, in der er allerhand Geschichten erzählt, so, daß ihm seit langem bekannt seien, eine Abordnung von Soldatenwillen aus Russland sei nach Deutschland über Tschechoslawien unterwegs. Am 26. Mai habe er die Nachricht erhalten, daß diese Abordnung in Dresden eingetroffen sei. Er erachtet dann noch außerhalb über die Dresden Vorgänge. Welcher Wert Kreis-Erzählungen bezulegen ist, geht daraus hervor, daß er behauptet, der Oberregierungskommissar Wiericke hätte ihn in Dresden Polizeipräsidium mit einem Sonderbericht neidmüdig empfangen. Natürlich hat Wiericke, der unterer Vorsteher anhörte, keinen Sonderbericht getragen, sondern nur das bekannte Abzeichen seiner Partei. Die Herren Deutschnationalen sind natürlich prompt auf Herrn Kreis hereingefallen und haben seine Erzählungen zum Anlaß zu einer Anfrage an den Ministerpräsidenten genommen, der sich zu den „sensationellen Feststellungen“ Kreis äußern soll.

Schul- und Steuerfragen

Der Rechtklausurklausur steht in der letzten Sitzung des Landtags ein Gesuch der sächsischen Schuldirektoren ab, die bei einem Wechsel ihres Wirkungsortes die Direktorenzulage weiter beziehen wollen. Das Gesuch des Leipziger Berufsschulvereins, die zahlreichen Stunden an der Fortbildungsschule in die Pflichtstunden einzuzählen, wurde gegen unter Stimmen der Regierung zur Verübungsfähigkeit überwiesen. Unter Genossen bestanden mit Recht, daß dieser Wechsel eine Aenderung des Schulbedarfsgegesches zur Folge haben müsse und in seiner Wirkung eine Benachteiligung des Volkschulwesens und in weiterem Umfang sogar eine schwere Benachteiligung der kleinen Schulbezirke zugunsten der Großstädte bedeute. Ein Antrag der Kommunisten, der eine Aufhebung des Steuergebotes über den Abzug des Gehalts vom Lohn beansprucht, wurde abgelehnt. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei behaupteten in der Aussprache, die Industrie begäbe in der Hauptstadt die 10 Prozent. Die eigentlich Geschädigten seien die Rentner und die Besitzer von festen Geldpapieren. Die Regierung wies aber an der Hand von Zahlen nach, daß der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den Steueraufkommen ständig wachse. Im April 1923 sind von 277 Milliarden Mark allein 210 Milliarden Mark durch Lohnabzug ausgebracht worden. Die übrigen 68 Milliarden Mark führen von den anderen Steuerzahlern her. Die Regierung drängt daher auf eine Aenderung der Steuerzahlung hin.

Angemessen wurde ein Antrag, der von der Reichsregierung verlangt, daß sie die Untersuchung verpflichte, der Kontrolle der Betriebsräte über die schnelle Ablieferung von abgezogenen Steuerzehntel keine Schwierigkeiten zu bereiten. Der Ausdruck nahm seiner nach kurze Aussprache die Vorlage Nr. 49 an, die bei der Gewöhnung der Darlehen seitens des Bundesfürstentumshofs die Verübungsfähigkeit des Roggenpreises verlängert, und einen Antrag unserer Fraktion, der einen Ausbau und eine Vereinheitlichung der gesetzlichen Bestimmungen über den Bauarbeiterfuß fordert.

Neuordnung des Hebammentowesens

Im Haushalt-Ausdruck A wurden eine größere Anzahl Staatsspitzen nach der Vorlage genehmigt. Bei den auf den Staatsstellen ruhenden Jahresrenten wurden die geringfügigen Stiftungssummen gestrichen, die in keinem Verhältnis zu den Verwaltungskosten standen. Bei Gehaltsabzug des Kap. 66, Medizinal- und Veterinärpolizei und Ablösung von Apothekenbetriebsleistungsbrechern wurde von sozialistischer Seite auf eine wichtige Errichtung der Krankenkasernen hingewiesen, die einen großzügigen Heilmittelvertrieb anbietet und eine ausköstliche Entwicklung zur Verbilligung und verbesserten Organisation von Heilmitteln und Medikamenten ermögliche, worin die Rechtsparteien bereits die Gefahr einer Sozialisierung und Verstaatlichung des Heilmittelwesens witterten. Anlaßlich der Weißbuben an den Ruhesitzunterstützungen an Gebanmen in Höhe von 200000 M. wurden von der Regierung bestreitende Erklärungen über ein in Arbeit befindliches Gesetz über die Neuordnung des Hebammentowesens abgegeben, wonin die unentbehrliche Geburthilfe für Frauen in der Vermögenslage bis zur Grenze der Sozialversicherung sowie ein ausköstliches Existenzminimum für die Gebanmen sicher gestellt werden soll. Trotzdem brachten die Kommunisten einen Antrag ein,

Frank zu all ihrer übrigen Arbeit auch noch ihre Wäsche selbst auszutragen mußte. Ein langer, ausdauernder Kampf wurde in diesem Punkt zwischen ihnen geführt, ein Kampf, worin Madam Frank immer der angefeindende Teil war und ihn von Stellung zu Stellung trieb. Aber er war standhaft. Weder Brügel noch böse Worte machten Eindruck auf ihn, und zuletzt mußte sie ganz auf den Gedanken verzichten, es ihm abzuhängen, bekrunkt nach Hause zu kommen. Dafür nahm sie all ihre Energie zusammen, um zum jeden Ausweg abzuschneiden, sich Geld zu verschaffen.

Aber heute hatte sie eine Niederlage erlitten.

Nicht allein, daß das Gesetz in die Kneipe wanderte, statt dem Haushalt anzugehen zu kommen, wo man seiner so bringt bedürfte; sondern sie botte sich auch an der Rose herumführen lassen von dem sonstigen, feinen, widerwärtigen Trunkenbold!

Die lange, hagere, knochige Madam Frank war nicht dazu geschafft, die Hände lange in den Schoß zu legen und über die Weitläufigkeit des weiteren Kampfes zu leußen. Sie gehörte zu denen, für die der Kampf selbst eine Notwendigkeit ist. In ihr loderte das Feuer, das seine Opfer immer wieder antreibt, von neuem den Versuch zu machen, sich von jeder Niederlage gestärkt zu erheben und zuletzt sich zu sterben, ein „Es lebe der ewige Streit!“ auf den Lippen.

Auch heute nahm ihre Verzagtheit ein läches Ende, da sie muten in ihrem Schnabel zu schimpfen begann und dann in die Ärmel stürzte, um nachzusehen, ob die Wäsche nicht entbrannte.

Sie rührte sich die Nase, mischte die Augen mit ihrem nassen Unterlipp ob und war nun wieder ettel Emsig, warf noch ein paar Flinge unter einen Rocktopf, damit es langsam Kochen sollte, lief aufs Feld und holte eine Schürze voll getrockneter Kuhsladen zum Feuern, drohte im Vorbeigehen andre um, damit sie auch auf dieser Seite trocken werden könnten, verschwirrte während sie hin und her fuhr, einen Kunkel mit Schnall und einen Gasgähring und schleppete dann den schweren Korb Vollmöhsche fort.

Draßen traf sie die Mutter Janthen, die in ihrem eigenen Bett die Strohe entlang gewommen kam. Mutter Janthen blieb stehen, wischte den Schweiß von ihrer glühenden roten Kleidhose und sagte gutmütig bedauernd:

wonach allen, auch wenige beschäftigten Gebanmen das Einkommen der an staatlichen Frauenträumen angestellten Gebanmen zu garantieren sei.

Eine freiwillige Zusatzversicherung. Die Abgeordneten Dr. Erdt, Dennhardt, Glücker und Roat haben im Landtag eine Gesetzesvorlage eingeführt, die die Errichtung einer freiwilligen Zusatzversicherung bei der Brandversicherungslauamer vor sieht.

Dresden Chronik**Der Zusammenbruch der Konsumvereine**

Mit Handzetteln und Plakaten, die obige Überschrift trugen, hatte die Kommunistische Partei für Dienstag zu einer Versammlung der Konsumvereinsmitglieder nach den Annalen eingeladen. Die Tagessordnung lautete: Die systematische Verförderung der Konsumvereine durch Umweltsteuer, Bankkredit, Wiederbeschaffungspreis und Nacharbeit sowie das Verbot der Delegation von Mitgliedern zu Genossenschaftstag. Referent war ein Herr Dr. Bittel aus Weizenhain. Die Versammlung, deren Teilnehmer nicht auf ihre Zugehörigkeit zur Genossenschaft kontrolliert wurden, war sehr stark besucht, und zwar wie das Bauer herausstellte, weil ein Teil der Genossen die Versammlung benutzen wollte, um ihre durchbare Lage vor einem größeren Streit zu schildern, da ihnen, wie ein Redner ausführte, jede andere Möglichkeit dazu fehle. Ein anderer Teil der Besucher war aus ehrlicher Besorgnis um die angeblich vor dem Zusammenbruch stehenden Konsumvereine gekommen. Aber auch mißgünstige Elemente aus Händlerkreisen, die wirklich das Ende der verhakteten Konsumvereine gefürchtet, waren kaum glauben, fehlten nicht. Sie sind alle nicht auf ihre Rechnung gekommen. Der Referent brachte für alle die, die die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Schwierigkeiten in der Warenbeschaffung kennen, nichts Neues.

Ausgehend vom Weltkrieg schilderte der Redner die wirtschaftliche Entwicklung des gegenwärtigen, für Erwerblose wie Arbeitende gleich unerträglichen Zustandes. Die Massen seien durch das Verhalten der Führer von der Tätigkeit der Parteien, der Gewerkschaften und auch der Genossenschaften schwer entlastet. Dagegen helfe nur ein intensives Arbeiten innerhalb dieser Organisationen. Die Genossenschaften sollten nicht wie ein kapitalistisches Unternehmen betrachtet werden. Deren ungeheure Bedeutung für den Freiheitskampf des Proletariats sei dem Referenten besonders bei einem Aufenthalt in Russland aufgegangen. Die Genossenschaften, und insbesondere die Konsumvereine, dürfen ihre Altenbröderrolle nicht weiter spielen, sondern müssen aktiv in die wirtschaftlichen Kämpfe eingreifen. Heftig wendete sich der Redner gegen die von den Genossenschaftsführern provozierte Neutralität, ferner gegen die mit Zustimmung der S.P.D. und angeblich auch der Centralinstanzen der Genossenschaften durchgeführte Besteuerung der Konsumvereine, insbesondere die Umfahrtsteuer. Die Umfahrtsteuer betrage nicht nur 2 Prozent, wie vielfach angenommen werde, sondern in der Praxis oft 20 bis 30 Prozent. Von den Konsumvereinen müßte die Umfahrtsteuer restlos entrichtet werden, während nachweislich die privatkapitalistischen Händler und Gewerbetreibenden nur 5 Prozent der Umfahrtsteuer abführen. Zum Schluss wendete sich der Referent gegen die starke Konkurrenz von Bankkrediten und wies darauf hin, daß das unter Umständen zur Abhängigkeit und zur vollständigen „Stimmeisierung“ der Konsumvereine führen könnte. Die Mitglieder müßten natürlich in erster Linie durch Einführung der Geschäftsanteile für das notwendige Betriebskapital sorgen. Dazu seien sie aber nicht imstande, und deshalb müssen der Staat und die Gemeinden gestützen werden, den Konsumvereinen unvergängliche Kredite einzuräumen. Man sollte nicht nur immer bloß Selbsthilfe predigen, sondern auch den Mut aufbringen, den Kampf gegen das Steuerwesen und die Ausweichung der Bevölkerung aufzunehmen und auch vor dem Mittel des Steuerstreiks zurückzutreten. Für die Mitglieder gelte es aber, die Augen offen zu halten und die Genossenschaften im proletarisch-sozialistischen Sinne zu beeinflussen.

Als erster Debattierredner sprach der Geschäftsführer des Konsumvereins Vorwärts, Genossen Leipzig. Er führte ungetönt folgendes aus: Die Darstellung des Referenten sei nur zum Teil richtig. Der Steuerstreik könne bei den großen Machtmitteln des Staates nicht mit Erfolg geführt werden. Begründen müsse er die Stellung des Referenten, daß für die Genossenschaft kein Opfer zu groß sein dürfe. Auch im Konsumverein Vorwärts betrage der eingesetzte Geschäftsanteil pro Mitglied rund 8000 M. Zu dem Begegn-

„Sie radern sich zu Tode ab, Sorme Madam Frank.“ „Dazu ist unfreiwillig wohl genötigt, weil man keine Mädel hat, die einen versorgen können,“ erwiderte Madam Frank, und eilte weiter.

Mutter Janthen glitt in diesem Augenblick einer guttigen, für Weibchen gemästeten Ente, die an einem Nas ruft und plötzlich entdeckt, daß es quellsendig ist. Sie setzte sich vor Schreck förmlich auf den Schwanz und starnte den giftigen Madam gelähmt nach.

Dann sammelte sie mit ungeheurer Kraftanstrengung ihr Fell, strich mit gekrümmtem Beigefügel den Schwanz zusammen, der in den Krotlohrs um ihr Doppelkinn herum einen Tropfendesatz gebildet hatte, und flottete ihn gegen das Pfaster ab. Und dann schwamm sie wieder langsam weiter, einen entgleiten Ausdruck in ihren treuerzöglichen Droschken und ein Gefühl von Dahmheit in dem Fettgewebe und den Muskeln, als hätte sie einen elektrischen Strom berührt.

Die giftige Rede zielt darauf hin, daß Mutter Janthen im Winter Spazier für heimkehrende Seelen zu veranstalten, unter dem tresslichen Beifall ihrer beiden Töchter Olivia und Sophie.

Madam Frank schleppte inzwischen ihren Korb Vollmöhsche weiter.

Nicht bei dem Haufe des Kaufmanns lagten kleine Kohlen, die irgendwo Wagen verloren hatten; sie stieß sie mit dem Fuß in ein Brennstoffgebäck hinein, um sie auf dem Rückweg auszusammeln, warf einen scharfen Blick in Sivertens Kellerknöpfe hinunter und bog in den Torweg des Kaufmanns ein.

Ober an der Kölle waren Deute, und sie mußte sich ein wenig legen, um zu verschaffen.

Aber obwohl ihr von dem schweren Korb die Arme wehtaten, konnte sie die Unfähigkeit doch nicht lange aushalten. Sie fing an, sich mit den beiden Dienstmädchen des Kaufmanns herumzumachen, weil sie soulenaten und statt ihrer Arbeit zu verrichten, mit einem Knecht kosterten, der drinnen auf dem Speicher dastand und beschäftigt war. Sonnenfänger zu läufen.

Und was war das für ein Bursche! Jonas Paullen war's, ein verheirateter Mann, der in jedem Winkel ein uneheliches Kind hatte. (Fortsetzung folgt.)

Eltern aller Volksfreize!

Die einsichtigen Eltern haben diese Verführung schon längst durchschaut. Handelt alle danach! Wählt am 17. Juni nur Vertreter der Kirchen- und parteifreien, der weltlichen Schule.

Denn er früher vorgestanden habe, betrage der Durchschnitt 17.000 M. Staatsschulden zu erhalten sei sehr schwer. Chancen hat es ver sucht, sei aber von der Regierung abgewichen worden. Ausgeschlossen sei es, daß die Gemeinden die großen Mittel häufig machen könnten, die zur Finanzierung der Konsumvereine notwendig sind. Soweit die Aufbringung der Anteile in Frage kommt, betont der Redner, daß die Verwaltung des Konsumvereins Vormärts es für eine ganz leibhaftverständliche Pflicht hält. Sozialreformen, Erwerbslosen und alleinstehenden Personen, die einen bestimmten Umsatz nicht übersteigen, die Einkühlung so leicht wie möglich zu machen. Für die Erwerbslosen, soweit sie Mitglieder des Vereins sind, werde das Obst zu einem um 250 M. billigeren Preis abgegeben. Der Konsumverein Vormärts besitzt seit 10 Jahren einen gutausgebauten Verkaufsmännerkörer, der jederzeit zu allen genossenschaftlichen Fragen Stellung nehmen könne. Als unverantwortlich müsse er es bezeichnen, wenn die Kommunistische Partei in solcher Weise zu Versammlungen einlade. Das sei eine nicht wieder gut zu modifizierende Schädigung der Konsumvereine. Der Konsumverein Vormärts besitzt Güterwerte im Betrage von mindestens 10 Milliarden Mark. Daher sei das Gerude vom Zusammenbruch der Konsumvereine großer Unzufriedenheit der Mitglieder wünsche endet, und er freue sich, wenn die Mitglieder sich wirklich als Teilhaber und Träger des Vereins betrachten und an dem Ausbau des Unternehmens tätigen Anteil nehmen.

Die auf diese Ausführungen folgende Debatte war anfänglich mit Klagen und Beschwerden über die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Not der Erwerbslosen. Die Konsumvereine wurden fast nicht mehr erwähnt. Die Ausdrücke endete mit einer leichten Aussiedlung der Verkaufsstelle mit den Erwerbslosen. Zum Schlus wurde die vom Referenten eingebrochene Resolution von der inzwischen stark anwachsenden Versammlung angenommen. Die Versammlung hat gezeigt, daß, wie auch ein Schriftsteller treffend sagte, in der gegenwärtigen Zeit kein Geschäftsführer eines Konsumvereins anders handeln kann, als es die Umstände gebietlich erfordern, selbst wenn er einzigartiges Mitglied der Kommunistischen Partei wäre. Die Verhältnisse sind eben stärker als die Menschen. Die Aufgabe aller Freunde der Genossenschaften besteht darin, dafür zu sorgen, daß das Vertrauen an den eigenen Unternehmungen nicht untergraben wird, und auch bei der beständigen Art ist nicht vergessen wird, daß die Mitglieder der Konsumvereine Mitinhaber und Träger des Unternehmens und damit mitverantwortlich sind.

Bücher- und Wucherbekämpfung

Die auf dem Markt immer krasser wirkende Entwertung der Mark beginnt in ungeahnter Weise den Käufer bei allen Waren des täglichen Bedarfs. Lebensmittel, Tabakwaren, Kleidungsstücke, Haushaltsgüter, Wäsche usw. geben sprunghaft in die Höhe. Die Preise für die Waren werden nicht nur täglich, sondern ständig geändert und in die Höhe geschraubt. Der auf diese Art erzielte Gewinn übersteigt den Einkaufspreis um vieles. Der Arbeiter, Angestellte und Beamte ist immer weniger in der Lage, die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände für sich und seine Familie kaufen zu können, während Händlerkreise und Erzeuger nicht wissen, wo sie die erwarteten Gewinne unterbringen sollen. Auf der einen Seite Entbehrung und Not, auf der andern Überfluss und Wohlleben.

Zur Bekämpfung der unberührten Bevölkerung der Konsumvereine sind verschiedene Gesetze und Verordnungen erlassen, darunter auch die Bestimmung des Preisabschlags, die leider recht wenig beachtet wird.

Die Händler mit Artikeln des täglichen Bedarfs sind verschämt, an die im Schaukasten und Schaufenster ausgestellten Waren Preisschildchen mit deutlich lesbaren Zahlen anzubringen. Das ist für sie nicht angenehm, denn die im Laden geforderten Preise dürfen die im Schaufenster nicht überschreiten, und die Preise im Schaufenster können nicht willkürlich geändert werden, weil sie der Kontrolle des Käufers und der Aufsichtsorgane unterworfen sind. Kein Wunder also, wenn die Verkäufer gerade diese Bestimmung als besonders lästig empfinden und keine Preisschilder anbringen. Um so mehr müssen die Käufers auf der strengen Durchführung der Vorschriften bestehen, da sie durchaus geeignet ist, zu einem Teile der Bevölkerung entgegenzutreten. Die Wohlfahrtspolizei, die als Aufsichtsbehörde die Durchführung dieser Vorschriften zu überwachen hat, ist trotz dem besten Willens nicht in der Lage, diese in allen Fällen selbst zu erzwingen, weil sie mit vielen wichtigen Arbeiten für alle städtischen Amtler sehr stark belastet ist. Die Käufers müssen mithilfen und jeden Händler, der sich der Verpflichtung entzieht, der Wohlfahrtspolizei zur Anzeige bringen. Jeder muss helfen, den Wucher zu besiegen!

Das Obst an den Staatsschulen

Ob. In früheren Jahren war es üblich, daß der Staat das Obst an den Staatsschulen, Kirchen wie Kirchhof, zu Höchstpreisen an die Händler verpachtete. Das ist in den letzten Jahren anders geworden. Die soziale Regierung gab vorzugsweise den Gemeinden, sofern sie sich darum bemerkten, das Obst, und zwar gegen einen vorher festgelegten Preis. Nur die Straßengüte, die von den Gemeinden nicht beansprucht wurden, blieben für die Händler übrig. Dadurch war es vielen Gemeinden möglich, für ihre Einwohner Obst zu wirtschaftlich billigen Preisen zu beschaffen. Außerdem konnten sie beweisen, daß es auch einer Gemeinde möglich ist, die schwierige Frage der Obstförderung im gemeinschaftlichen Sinne zu lösen. Es ist keine leichte Sache, bei ungünstiger Witterung z.B. Äpfel zu bewirtschaften. Dazu gehört neben einer gewissen Sachkenntnis viel Geschick und Organisationstalent. Und doch ist gerade diese Art der Obstförderung in allen Gemeinden auf das Beste gelöst worden. Rüngens laufen Rogen. Die Gemeindewohner erhielten billiges Obst, die privaten Händler und Läden

völlig mußten sich den Preisen in der Gemeinde anpassen. Eine aufmerksame Beobachtung wurde den Käufern zuteil, und ein kleiner Überschuss für den Gemeindeschulzen konnte überall gebraucht werden. Muße und Zuflucht lehrten ein. Die wenigen Mängel, die sich im ersten Jahre der gemeinschaftlichen Obstförderung zeigten, sind im Laufe der Zeit restlos ausgemerzt worden, außerdem haben sich die Gemeinden nach und nach aus den Überschüssen die für die Obstproduktion benötigten Gerätetypen kaufen können, und ferner leisteten sie dem Staat einen nicht unerheblichen Dienst dadurch, daß sie im eigenen Interesse für eine pflegliche Behandlung der staatlichen Obstbäume Sorge trugen.

Vorher hatte sich Dresden vor der Errichtung des Obstes an den Staatsschulen ferngehalten, wohl aus Rücksicht auf den privaten Handel. Es ist klar, daß eine Großstadt mit größeren Schwierigkeiten in der Obstförderung zu rechnen hat als eine kleinere oder größere Landgemeinde, wo sich genügend Straßen zur Wartung und zum Verkauf eignen. Gegen der Wachstum wird freilich ausgenutzt, so daß nur die Pfänderböden zu begrenzen sind. Über jedes Pfund Obst kann eine direkte Kontrolle durch Beauftragte der Gemeinde ausgeübt werden, so daß sich hier die denkbare nationale Form der Gewerbeprüfung vollzieht. Eine Großstadt hat einen solchen Apparat nicht zur Verfügung. Sie mag das Obst weit herumschaffen lassen, und auch die Kontrolle über das gezeichnete Quantum ist nicht leicht. Städtische Verkaufsstellen stehen nicht zur Verfügung. Trotzdem hat es die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion durchgesetzt, daß sich Dresden nach dem Vorbild anderer Großstädte an der Bodenrichtung des Staatsschuldenabschlags beteiligt. Der Rat ist diesem Schluß nachgekommen, und das Finanzministerium hat der Stadt Dresden fast alles Obst an den

geborene Leiterin wegen versuchter räuberischer Erpressung und Beihilfe zu diesem Verbrechen zu verantworten. Nach dem Eröffnungsbeschuß sollen die Angeklagten am Abend des 15. Oktober vorigen Jahres gemeinschaftlich den Versuch gemacht haben, den 41 Jahre alten Bader Karl Kunath auf einer Bank am Großen Garten zu beraubten bzw. von ihm Geld zu erpressen. Kunath, der selbst für eigene Familie zu sorgen hat, hatte am genannten Tage mit den Frauen Schlechte — damals noch unverheiratete Eltern — und Günther bei Wohls Belästigung gemacht und dann die ganze Sache bejaht. Es wurden hierauf noch die Väterinnen und schließlich das Lokal Stadt Nena aufgesucht, wo Schlechte und Günther warteten. Nachdem Kunath auch dort mehrfach befragt wurde, in später Stunde der Heimweg angetreten. Angeblich sollte Kunath die Wohnung der Günther in der Birnbaumstraße mit aufsuchen. Die beiden Frauen und Bader Kunath gingen aber an Hause vorbei bis zum Anfang des Großen Gartens, wo man sich auf einer Bank niederte. Kurz darauf erschien Kunath von Schlechte hintertritts eine Anzahl Obdachlosen, während im nächsten Augenblick die weiblichen Begleiterinnen flüchteten, aber Reinsk aufstand, der sofort Geld forderte. Es blieb jedoch beim Versuch, Schlechte und Günther konnten kurz darauf festgenommen werden.

Reinsk suchte den völlig unschuldigen Mann zu spicken und stellte den nächtlichen Vorgang als harmlos hin. Es sei alles in der Trunkenheit geschehen. Frau Günther belaste ihn aber sehr ernst, da sie kannte Reinsk schon einige Zeit, er habe sie aus Gewerbeprüfung angehalten und das verdiente Geld abverlangt. Um genannten Tag habe er bereits in der Mittagsstunde zum Ausbruch gebracht, abends sollte ein Mann aufgegriffen werden. Angeklagte will dann ärgerlich geworden sein, da habe ihr Reinsk Dresden angeboten, wenn der Mann mit Kunath ins Wasser falle. Angeklagter Schlechte belastete Reinsk ebenfalls als treibende Kraft.

Beim Bader Kunath schieden hierauf den Vorhang wie bereits erwähnt. Er habe kaum zwei Minuten auf der Bank gesessen, da erschien er von Schlechte trötigte Obdachlosen. Reinsk forderte unter Drohung mit Schuhleinschlagen Geld. Beuge hat große Trunkenheit vorgetäuscht und Reinsk wie auch Schlechte mit nach der inneren Stadt geladen, bis man an einem Polizeibeamten vorüberkam. Reinsk wurde wegen verdeckter räuberischer Erpressung auf einem Jahr sechs Monate, Schlechte wegen Beihilfe zu einem Jahr, die beiden Frauen zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der zum Ausdruck gebrachten Erlösung wurden die Angeklagten den bürgerlichen Ehrenrechten auf je drei Jahre für verlustig erklärt.

Ein objektiver Berichterstatter. Wir stellen geltend fest, daß der Dresdner Anzeiger den Titel „Zachsen und Thüringen“, der im Vorwärts erscheint, falsch gitarriert. Der Anzeiger bringt heute größere Teile des Artikels und bemerkt dazu, daß ihm der von uns scrittierte falsche Auszug drücklich aus Berlin übermittelt worden sei und ihm das Blatt noch nicht vorlag. Die von uns erhöhte Beschuldigung führt also auf den Berliner Berichterstatter des Dresdner Anzeigers zurück.

„Dienst“ vergügen. Überleitung der Langzeitardnung vom 8. Juli 1922 nach den §§ 8, 10 und 14 betrifft den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Dresdner Schöffengericht. Der Langzeitnehmer von Salmanns Sanatorium auf Weißer Hirsch, Sigismund Maassen, mit künstlerischen Namen Roedl und der Geschäftsführer der Teufelsküche, Heinz Joseph, hatten Strafbefehle über je 1500 M. wegen ungeneigter Tanzveranstaltung hervorgerufen. Duldens von Tanzabteilungen erhalten, aber Eintritt erhoben und Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt. Die Tanzabteilungen bzw. Tanzabteilungen erfordert, ob liege aber keine Übertretung im Sinne der angesogenen Verordnung vor. Obgleich beide Geschäftsführer entschieden bestritten, eine Übertretung begangen zu haben, kam das Schöffengericht zu anderer Übertreibung. Die aufgeworfenen Strafen wurden um zwei Stufen vergütet und demnach beide Angeklagten zu je 150.000 M. Strafe verurteilt. Wie verlautet, haben beide Verurteilten sofort Berufung eingelegt, so daß die Angelegenheit in nächster Zeit das Landgericht beschäftigen wird.

Richtige Zeit vom Mathematischen Salon. Vom 1. Juli an treten neue Bedingungen für die Nutzungsabrechnung in Kraft. Es wird ein fester Grundpreis eingeführt, der mit der im Buchhandel jeweils festgelegten Bewertungszahl zu vervielfachen ist. Der Grundpreis beträgt für ein Werkstück bei wöchentlich einmaligem Bezug 1 M. Die näheren Bedingungen sind im Mathematischen Salon auf dem Zwingerwall vormittags von 9 bis 12 Uhr zu erfahren. Juwelier im Zwingerhof. Mittwoch abend wurde um 10.30 Uhr die Feuerwehr nach dem Zwingerhof alarmiert, wo 600 Zentner Kerzen und eine Holzwand durch Schätzengeldung neu gelöscht werden sollten. Mit zwei Feuerwehrleitungen und durch Hausaufschaffung der brennenden Stoffen wurde die Gefahr beseitigt. Die Feuerwehr konnte erst heute früh 5.45 Uhr den Bahnhof wieder verlassen.

Zu die Elbe sprang in selbstmörderischer Absicht am Mittwoch nachmittag 2 Uhr ein 65 Jahre alter aus Röhrsdorf kommender und in Witzenhof wohnhafter Mann. Steuerleute des Dampfers Diesbar beobachteten den Vorgang und brachten den Bahnbeamten und der Polizeihauptwacht beträchtlich überhandsetzen. Der Feuerwehr wurde erst heute früh 5.45 Uhr den Bahnhof wieder verlassen.

Gassenzügungen. Am Mittwoch früh unternahm ein bei den Eltern in der Goldschmiedstraße wohnhafter 22 Jahre alter Hausmädchen durch Oeffnen des Gasrahmen einen Selbstmordversuch, konnte aber nach 40 Minuten langer Zuführung von Sauerstoff wieder zur Erfüllung gebracht werden, worauf es noch der Heil- und Pflegestalt gebracht wurde. Ein weiterer Selbstmordversuch wurde am Mittwoch abend von der Polizeiabteilung gemeldet, wo eine 28jährige Sekretärin ebenfalls mit Leuchtgas sich bewußtlos gemacht hatte, um aus dem Leben zu scheiden. Ihr Plan gelang ihr aber auch nicht, da sie schon nach 20 Minuten durch Zuführung von Sauerstoff wieder erwacht werden konnte. Auch sie wurde in der Heil- und Pflegestalt untergebracht.

Dresdner Umgebung

Städtehinterliebe?

Vor einiger Zeit berichtete in Radeberg ein zehnjähriger Knabe. Durch Bekanntmachung des Ortsblattes wurde die Bevölkerung ersucht, den Eltern über den Verbleib Mitteilung zu lassen. Der Junge ist einem instinktiven Bandentreibende folgend, zu Familienangehörigen nach Gottschoppe geflüchtet. Von dort aus verschwand man, die Eltern telefonisch zu benachrichtigen. Man rief den Hauptwacht, der selbst Telefon hat, um bei ihm die Mutter des Kindes an den Apparat holen zu wollen.

Die Kirchlichen,

hebräisch, griechisch, römisch, also fremden Ursprungs! — Die Kirchlichen bauen also in dem nach ihrer Meinung wichtigsten Unterrichtsgebiet die heilige Schule auf, wähle am 17. Juni nur die Vertreter der Kirchen- und parteifreien, der weltlichen Schule!

